

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 11 – Landesplanungsgesetz

Dazu sagt der Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Karl-Martin Hentschel:

Nr. 236.04 / 17.06.2004

Es gibt dringenden

Handlungsbedarf bei der Landesplanung

Ich begrüße die Vorlage eines Gesetzesentwurfs, denn es gibt in der Tat dringenden Handlungsbedarf bei der Landesplanung in Schleswig-Holstein. Auch die Auswertung des parallel vorgelegten Raumordnungsberichtes für diese Legislaturperiode lässt nur diesen Schluss zu.

Folgende Punkte sind unserer Meinung nach besonders zu erwähnen:

Die Zersiedlung durch Wohngebiete in Schleswig-Holstein schreitet fast ungehindert fort. Entgegen der Ziele der Landesplanung erfolgt die Ausweisung von neuen Baugebieten weitgehend außerhalb der Zentralorte. Hier müssen wir schnell eingreifen, um die Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins langfristig zu erhalten und die fortschreitende Versiegelung von Naturflächen zu verlangsamen.

Die Ausweisung von Wohngebieten außerhalb der Zentralorte ohne ausreichende Infrastruktur hat erhebliche Folgen für die Zukunft: Die Anbindung an den ÖPNV ist nicht gewährleistet. Genauso ist die soziale Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort nicht vorhanden. Für Familien mit Kindern und insbesondere für die wachsende Zahl älterer Menschen mit verringerter Mobilität sind solche Standorte ungeeignet und werden in Zukunft erhebliche Probleme aufwerfen.

Ein spezielles Problem ist die Ausweisung von Wohngebieten in überschwemmungsgefährdeten Flächen, die in der Folge zusätzliche Sicherungsmaßnahmen mit hohen Folgekosten nach sich ziehen.

Dazu führt die Ausweisung von Gewerbegebieten außerhalb der Zentren zu einer Zunahme des Individualverkehrs. Die ArbeitnehmerInnen haben mangels Anbindung an den ÖPNV keine Alternative, was zu neuer Zunahme des Verkehrs führt.

Ein weiteres großes Problem ist die dramatische Zunahme der Ausweisung von Einzelhandelsflächen auf der grünen Wiese. Insbesondere die Möbelgroßmärkte und die Lebensmitteldiscounter liefern sich und dem ortsansässigen Einzelhandel einen besorgniserregenden Verdrängungswettbewerb.

Diese Entwicklungen haben erhebliche Folgen. Die Ortskerne veröden mit der Konsequenz, dass die ländlichen Gemeinden an Lebensqualität verlieren. Geschäfte sind nicht mehr zu Fuß, sondern nur noch Dörfer entfernt erreichbar. Auch geht die Verdrängung von Einzelhandelsgeschäften immer einher mit Steuerverlusten und dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Dieser Ausschnitt an Problemen macht deutlich, dass es Sinn macht, die Instrumente der Landesplanung weiterzuentwickeln. Der Gesetzesentwurf geht dabei in die richtige Richtung!

Ich begrüße ausdrücklich die Regionalisierung der Landesplanung. Diese wird die Regionalplanung insgesamt stärken und die nachbargemeindlichen Planungen positiver verzeichnen. Allerdings setzt dies auch handlungsfähige Strukturen auf regionaler Ebene voraus. Eine gute Lösung sind hier die im Gesetz beschriebenen regionalen Planungsverbünde, die nach unserer Auffassung mittelfristig zu eigenständigen Regionalkreisen weiterentwickelt werden sollten.

Dazu wäre es gut, wenn die vorgeschlagenen Planungsverbünde schon jetzt als Regionalverbände eingerichtet würden, die über die Landesplanung hinaus auch weitere Aufgaben von den Kreisen übernehmen könnten. Schon heute sind ja viele Aufgaben wie der ÖPNV und die Wirtschaftsförderung in der KERN-Region kreisübergreifend organisiert. Eine solche kreisübergreifende Aufgabenwahrnehmung bietet sich auch in anderen Bereichen an, zum Beispiel Kultur, Umwelt oder Berufsschulen.

Es muss dann aber auch darüber nachgedacht werden, die Planungsräume neu zu gliedern. Die heutigen Planungsräume sind vor allem im Süden des Landes eher funktional als nach räumlichen Zusammenhängen gegliedert.

Wichtig ist mir auch, dass die zukünftige Regionalversammlung demokratisch repräsentativ zusammengesetzt sein muss. Wir dürfen nicht den Fehler der Amtsverwaltungen wiederholen, dass am Schluss ein Gremium entsteht, in dem nur noch die beiden großen Parteien vertreten sind, die kleinen Parteien und die vielen Wählergemeinschaften jedoch keine Rolle spielen.

Ich freue mich, dass die Diskussion um eine Weiterentwicklung des Planungsrechtes voranschreitet und hoffe auf konstruktive Ausschussberatungen.
